

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 13. September 2005

Antragsnr.: 158/2005

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: I/BM/Lohwasser

mit Referat: II



**im Stadtrat
Erlangen**

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus

1. Stock, Zimmer 108 und 109

Telefon 0 91 31 / 86 22 25

Telefax 0 91 31 / 86 21 81

e-mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

Erlangen, den 13. September 2005

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Antrag zum HFGA am 21.9.

IZBB: Protest gegen Kürzungen der Staatsregierung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aufgrund der erheblichen finanziellen Belastung in Höhe von 2,5 Millionen Euro, die die Zuschusskürzungen durch die Staatsregierung für den städtischen Haushalt bedeuten, halten wir eine Verstärkung des öffentlichen Drucks auf den Freistaat auch durch Oberbürgermeister und Stadtrat für dringend erforderlich. Über die von uns bereits im Juli beantragte Beteiligung der Stadt Erlangen an einer Klage gegen den Freistaat hinaus sollten weitere Schritte eingeleitet werden, um unseren Protest deutlich zu machen. Wir beantragen daher, in der Sitzung des HFGA im September zu berichten, wie sich der aktuelle Stand hinsichtlich einer Klage wegen der Missachtung des Konnexitätsprinzips darstellt – die Prüfung dieses Schritts wurde vom Oberbürgermeister in der letzten Stadtratssitzung zugesagt – und zu beraten, welche weiteren Formen öffentlichen Protests seitens der Stadt sinnvoll sind.

Begründung:

Der Freistaat nutzt die großzügig vom Bund bereitgestellten Mittel (für Bayern rund 600 Millionen Euro) – nicht zum vorgesehenen Zweck, der Einrichtung von Ganztagschulen, sondern zur Umsetzung der übereilten Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Diese Form der Finanzierung des G8 hat nicht nur zur Folge, dass Haupt- und Realschulen dadurch bei der Förderung kaum zum Zuge kommen, sondern logischerweise auch dazu geführt, dass die Zahl der Antragstellenden Schulen sehr hoch ausfällt – und damit die Bundeszuschüsse nicht für alle geplanten Maßnahmen reichen.

Statt nun jedoch seiner Pflicht im Rahmen des Konnexitätsprinzips nachzukommen (die Kommunen haben G8 nicht bestellt!) und die fehlenden Mittel aus Landesgeldern zu ergänzen, hat die Staatsregierung pauschal die Zuschüsse an die Kommunen gekürzt: Sie wälzt damit wieder einmal Kosten auf die finanziell ohnehin unzureichend ausgestatteten Städte und Gemeinden ab. Dieses Vorgehen des Freistaates ist umso ungeheuerlicher, als die Planungen der allein aufgrund des G8 erforderlichen Baumaßnahmen – wie im Fall der Stadt Erlangen – vielfach bereits von den Bezirksregierungen abegesegnet worden waren. So erweist der Freistaat sich als unzuverlässiger Partner der Gemeinden, der eigene Sparziele zu deren Lasten – und damit zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger – durchsetzen will. Die Stadt muss daher alle ihr möglichen Wege beschreiten, um gegen diese Praxis der Staatsregierung zu protestieren.

Mit freundlichen Grüßen

Gisela Niclas
Fraktionsvorsitzende

Florian Janik
Finanzpol. Sprecher

Wolfgang Vogel, MdL
Stadtrat

Barbara Pfister
Stadträtin

Harald Krebs
Schulpol. Sprecher